Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)
Fachbereich 2.4,
Prüfung und Bewertung von Explosivstoffen, Pyrotechnik
D -12200 Berlin

Berlin, 2021-06-18

Merkblatt zum Verbringen von Explosivstoffen

im Rahmen der EU Richtlinie 2014/28/EU über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke

1 Einleitung

Die Informationen dieses Merkblattes betreffen nur das Verbringen von explosionsgefährlichen Stoffen sowie von Gegenständen mit explosionsgefährlichen Stoffen, die in den Geltungsbereich des Sprengstoffrechts fallen.

Bestimmte Arten von Munition, für die auch das Verfahren der Verbringungsgenehmigung gemäß Richtlinie 2014/28/EU anzuwenden ist, werden hier nicht behandelt, da hierfür keine Zuständigkeit bei der BAM liegt.

Pyrotechnische Gegenstände unterfallen einer anderen Richtlinie (2013/29/EU) und benötigen generell keine Verbringungsgenehmigung. Eine Liste mit UN-Nummern, die als pyrotechnische Gegenstände oder als Munition angesehen werden, befindet sich in Anhang I zur Explosivstoffrichtlinie 2014/28/EU.

2 Rechtliche Grundlagen

Die europäische Richtlinie 2014/28/EU „zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung auf dem Markt und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (Neufassung)“ regelt in Kapitel 3 ein Verfahren, das beim innergemeinschaftlichen[1] Verbringen von Explosivstoffen und Munition zu befolgen ist. Die Richtlinie stellt in Artikel 1 auch klar, dass diese nicht auf „Explosivstoffe, einschließlich Munition, die gemäß dem einzelstaatlichen Recht zur Verwendung durch die Streitkräfte oder die Polizei bestimmt sind“ anzuwenden ist.

In Deutschland sind alle Bestimmungen der o. g. Richtlinie die Explosivstoffe betreffen im Sprengstoffgesetz (SprengG) umgesetzt. In § 15, Abs. 6, SprengG ist die Verpflichtung der Genehmigung des Verbringens

Information on the transfer of explosives

under the EU Directive 2014/28/EU on the making available on the market and supervision of explosives for civil uses

1 Introduction

The information given here concerns only the transfer of explosive substances and articles containing explosive substances which are within the scope of the German explosives regulations.

Certain kinds of ammunition, which are also subject to intra-community transfer permits according to Directive 2014/28/EU, are not addressed here since BAM is not the national authority for approvals of such transfers.

Pyrotechnic articles are subject to a different Directive (2013/29/EU) and generally do not require a transfer permit. A list with UN numbers, which are considered pyrotechnic articles or ammunition, can be found in Annex I to the explosives Directive 2014/28/EU.

2 Legal basis

The European Directive “on the harmonisation of the laws of the Member States relating to the making available on the market and supervision of explosives for civil uses (recast)” stipulates in Chapter 3 a procedure, which has to be observed for the intra-community[2] transfer of explosives and ammunition. The Directive also sets out in article 1, that the Directive does not address “explosives, including ammunition, intended for use, in accordance with national law, by the armed forces or the police”.

In Germany all provisions from the aforementioned Directive concerning explosives have been transposed into the German Explosives Act (SprengG). In art. 15, para 6 of the SprengG the need for an approval for transfers of all explosives, which are subject to this

[1] Dieses Verfahren umfasst neben den EU-Mitgliedstaaten auch die EFTA-Länder.
[2] This procedure extends apart from EU member states also to EFTA countries.

für alle dem Gesetz unterfallenden Explosivstoffe geregelt, und in §15a ist das Genehmigungsverfahren geregelt. Anlage I zum SprengG führt detailliert die Angaben auf, die bei der Antragstellung zu machen sind, sowie die auf der Genehmigung befindlichen Angaben.

law, is fixed. And in art. 15a details of the procedure to obtain an intra-community transfer permit are set out. Annex I to the SprengG lists in detail the information required for processing the application, and in addition the information given in the transfer permit.

3 Zuständigkeiten

In Deutschland ist die BAM die zuständige Stelle für die Erteilung von innergemeinschaftlichen Verbringungsgenehmigungen für alle Explosivstoffe, die dem Sprengstoffgesetz (SprengG) unterfallen. Die BAM ist damit nicht für Verbringungsgenehmigungen von Munition, für die nach Explosivstoffrichtlinie dieses Verfahren möglicherweise anzuwenden ist, zuständig.

Die Liste mit zuständigen Stellen anderer EU- und EFTA-Mitgliedsländer findet sich auf der EU-Website (ec.europa.eu) im Bereich "Chemicals Legislation" unter "Explosives" und dort unter dem Namen "National Authorities". Ein direkter Link ist:
`ec.europa.eu/growth/sectors/chemicals/legislation/#explosives`

Für die Antragstellung für eine innergemeinschaftliche Verbringungsgenehmigung ist der Empfänger zuständig. Übernimmt ein anderer in Vertretung die Antragstellung (z. B. der Spediteur, Absender), dann muss die Übertragung dieser Aufgabe belegt werden (z. B. durch eine Vollmacht).

3 Responsibilities

In Germany BAM is the competent authority for the issuing of intra-community transfer permits for all explosives, which are subject to the German Explosives Act (SprengG). BAM is therefore not responsible for transfer permits of ammunition, which may be subject to such approval procedure in accordance with the explosives Directive.

A list with competent authorities of other EU and EFTA member states can be found on the EU web-site (ec.europa.eu) in the section named "Chemicals Legislation" under "Explosives" and there under the title "National Authorities". A direct link is:
`ec.europa.eu/growth/sectors/chemicals/legislation/#explosives`

The application for an intra-community transfer permit must be made by the consignee. In case the application is brought forward by another person (e. g. the forwarding agent, consignor), the transfer of rights shall be demonstrated (e. g. by a power of attorney).

4 Anwendungsbereich hinsichtlich der beteiligten Staaten

Für die im nächsten Abschnitt angesprochenen Explosivstoffe ist eine Verbringungsgenehmigung auf einem Formblatt erforderlich, sobald die Verbringung außer Deutschland noch einen weiteren Mitgliedsstaat der EU oder der EFTA berührt.

Für Verbringungsvorgänge von Explosivstoffen, die ausschließlich innerhalb Deutschlands stattfinden, wird keine Verbringungsgenehmigung in schriftlicher Form nach den Vorgaben der EU ausgestellt. Das Verbringen von Explosivstoffen von Deutschland direkt in sog. Drittstaaten (nicht EU- oder EFTA-Mitgliedsstaaten), bei denen kein anderer EU- oder EFTA-Mitgliedsstaat passiert wird, erfordert demnach auch keine Verbringungsgenehmigung nach dem Verfahren der Richtlinie.

4 Scope in relation to the concerned member states and countries

For explosive as detailed in the next section an intra-community transfer permit on the corresponding form is required, when the transfer takes place not only in Germany but also touches one other member state of the EU or an EFTA country.

Where transfers of explosives take place solely within Germany, a transfer permit in written form according to the example from the EU will not be issued. Transfers of explosives from Germany directly to a third country (non-EU or non-EFTA member states), which do not pass through another EU or EFTA member state, also do not require a transfer permit according to the procedures laid down in the Directive.

5 Anwendungsbereich hinsichtlich der zu verbringenden Explosivstoffe

Das Sprengstoffgesetz regelt in §3 Abs. 1 Nr. 2, welche Stoffe und Gegenstände als Explosivstoffe anzusehen sind. Darin wird auf den Geltungsbereich der Richtlinie verwiesen, die wiederum auf die Stoffe der Klasse 1

5 Scope in relation to the explosives to be transferred

The German Explosives Act stipulates in art. 3, para. 1, no. 2 which substances and articles shall be considered as explosives. The text points to the scope of the Directive, which in turn refers to the goods of class 1 in

nach Gefahrgutrecht verweist. Weiterhin sind nach nationalem Recht weitere Explosivstoffe erfasst, die in Anlage III zum SprengG gelistet sind, und die aufgrund ihrer hohen Empfindlichkeit nicht in die Klasse 1 nach Gefahrgutrecht aufgenommen werden können. Daraus ergeben sich im Einzelnen die folgende Fälle, die zu betrachten sind:

(a) Alle Explosivstoffe, für die das EU-Baumusterprüfverfahren nach Richtlinie 2014/28/EU durchgeführt wurde, und die demnach eine CE-Kennzeichnung tragen, bedürfen einer Verbringungsgenehmigung.

Ist der Empfänger jedoch eine polizeiliche Einrichtung oder den Streitkräften zuzuordnen, so liegt "eine Verwendung durch die Streitkräfte oder die Polizei" vor und es gibt keine Grundlage für eine Verbringungsgnehmigung, ungeachtet einer möglicherweise vorhandenen CE-Kennzeichnung.

(b) Verbringungsgenehmigungen sind bei Explosivstoffen ohne CE-Kennzeichnung dann erforderlich, wenn eine der folgenden Situationen vorliegt:

(1) Explosivstoffe, die noch keine CE-Kennzeichnung tragen, sollen zu einer benannten Stelle zur Durchführung des EU-Baumusterprüfverfahrens verbracht werden.

(2) Explosivstoffe, die noch keine CE-Kennzeichnung tragen, sollen zur Durchführung der Lagergruppenzuordnung nach SprengG (ggf. einschließlich Gefahrgutklassifizierung in der Klasse 1) zur BAM verbracht werden.

(3) Es handelt sich um nicht konformitätsbewertete Explosivstoffe, die aufgrund einer nationalen Ausnahme in Deutschland (SprengG § 5a (1) 2. c.) nur zu Forschungs-, Entwicklungs- oder Prüfzwecken überlassen werden.

(4) Es handelt sich um ehemals militärische Explosivstoffe, die "demilitarisiert" wurden, in dem ihre ursprüngliche Funktion nicht mehr gegeben ist, und nun zu einem Entsorgungsunternehmen zur weiteren Verarbeitung gebracht werden. In den meisten Fällen wird dies in Deutschland als "zivile Verwendung" eingestuft.

(5) Explosivstoffe sollen exportiert werden, d. h. der Empfänger befindet sich außerhalb der EU, und die Verbringung findet als Durchfuhr mit Deutschland und weiteren EU- oder EFTA-Ländern als Transitländer statt.

accordance with the United Nations Recommendations on the Transport of Dangerous Goods. In Germany additional explosives listed in Annex III of the SprengG are subject to the law, which are explosives not considered class 1 because of their high sensitivity. In effect, this results in the following cases which have to be considered:

(a) All explosives, for which the EU-type examination procedures has been performed according to the Explosives Directive, and which therefore bear a CE-mark, require an intra-community transfer permit.

Where the consignee, however, is to be considered police or part of the armed forces, this constitutes the case of "intended for use, in accordance with national law, by the armed forces or the police" and there is no legal basis for the issuing of an intra-community transfer permit, disregarding a possibly present CE-marking.

(b) Intra-community transfer permits are required for explosives even without CE-mark, when one of the following conditions is met:

(1) Explosives, not yet bearing a CE-mark, shall be transferred to a notified body with the aim to perform the EU-type examination procedure.

(2) Explosives not bearing a CE-mark shall be transferred to BAM with the aim to perform the storage group assignment according to the German Explosives Act (called "Lagergruppenzuordnung"), which may include the classification in class 1 as dangerous good.

(3) The explosives have not been conformity assessed, and shall be transferred on the basis of a national exemption as present in the German Explosives Act (§5a (1) 2. c.) for the purpose of reasearch, development, or testing.

(4) The explosives were formerly meant for the armed forces and have been "de-militarised", in that their original functioning is not present any more, and are now destined for destruction or reprocessing at some facility. In the majority of the cases in Germany this would be regarded "civil use/processing".

(5) Explosives are going to be exported, i. e. the consignee is not within the EU, and the transfer is legally a transit with Germany and further EU or EFTA member states being transit countries.

In allen oben genannten Fällen, bei denen ohne Vorliegen einer CE-Kennzeichnung dennoch eine Verbringungsgenehmigung ausgestellt werden soll, müssen entsprechende Nachweise für das Vorliegen einer der Fälle (1) bis (5) erbracht werden.

(c) Weiterhin wird in der Regel keine Verbringungsgenehmigung für Explosivstoffe erteilt, wenn es sich um Verteidigungsgüter im Sinne der Richtlinie 2009/43/EG handelt, oder davon auszugehen ist, dass die endgültige Verwendung durch die Polizei oder Streitkräfte stattfindet. Eine CE-Kennzeichnung schließt nicht automatisch aus, dass der Explosivstoff auch in der o. g. Liste geführt wird und dies stellt auch nicht einen Widerspruch dar (Stichwort "Dual-Use"-Güter). Sollte eine zivile Verwendung vorgesehen sein, so muss diese durch entsprechende nachvollziehbare Erklärungen belegt werden, um die Ausstellung einer Verbringungsgenehmigung zu rechtfertigen.

6 Verfahren

Durch die Entscheidung 2004/388/EG der EU-Kommission ist die Verwendung eines Genehmigungsformular verpflichtend. Für die Antragstellung ist eine Formularvorlage (siehe BAM-Website, amtliche Mitteilungen, Explosivstoffe, Merkblätter) zu verwenden. In Verbindung mit diesem Formular finden sich auch Erläuterungen zum Ausfüllen und zum Verfahren.

Die Antragstellung sollte per Fax oder E-Mail an die unten angegebene Adresse erfolgen, um die Bearbeitungszeiten zu verkürzen (auf Wunsch des Antragstellers kann der Antrag auch auf dem Postweg erfolgen). Die Genehmigung wird ausschließlich auf dem Postweg zugesandt, da sie auf Spezialpapier auszustellen ist (s. Entscheidung der Kommission). Anträge per E-Mail sollten nur an die unten angegebene einheitliche Adresse geschickt werden.

Bei nicht-gewerblichen Antragstellern ist eine Kopie ihrer Erlaubnis nach §27 SprengG dem Antrag beizufügen, aus der die Nummer und die Gültigkeit der Erlaubnis, die Mengenbegrenzung und die schon erworbenen Mengen (sog. Pulverliste) hervorgehen. Jedem Antrag sollten ferner die Namen und Adressen der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsichtsämter, Landratsämter o. ä.) aller in Deutschland ansässigen und am Verbringungsvorgang Beteiligten beigefügt sein, um eine Überprüfung der Angaben zu ermöglichen.

7 Arten der Genehmigung

In all of the above listed cases, where even without the CE-marking present an intra-community transfer permit shall be issued, it is necessary to provide evidence for applicability one of the cases (1) to (5).

(c) Further to this, generally no intra-community transfer permit is granted for explosives, where these are considered defense-related products falling under the scope of Directive 2009/43/EC, or where it has to be assumed, that their final use is going to be by the police or armed forces. A CE-marking does not automatically exclude the possibility, that the explosives appear in the above mentioned list, and is also not to be seen a contradiction (aspect of "dual-use" goods). Should, however, a civil use be foreseen, this shall be supported by corresponding comprehensive declarations, in order to justify the civil use aspect and thus the issuing of an intra-community transfer permit.

6 Procedure

As by decision 2004/388/CE by the European Commission it has become mandatory to use a special form for intra-community transfer permits. For applications an empty form (see BAM web-site, "amtliche Mitteilungen - Explosivstoffe - Merkblätter") has to be used. Together with the form you will find instructions how to fill the form and on the procedure.

The application should be sent by Fax or E-Mail to the below noted address to achieve a quick processing (alternatively the application can also be sent by regular mail). The permit will only be sent by regular mail, since it will be printed on special document paper (see also decision by the Commission). Applications by E-Mail shall only be sent to the institutional address given below.

In the case of non-commercial applicants a copy of their authorisation ("Erlaubnis nach §27 SprengG)" shall be handed in, which must show the number and validity period of the authorisation, the amount permitted and the already purchased amounts (so called "Pulverliste"). In addition the application shall include the names and addresses of all competent authorities (i. e. local authorities such as "Gewerbeaufsichtsamt" or "Landratsamt") for all parties involved in the transfer in Germany, in order to enable cross-checking of information.

7 Kinds of permits

A permit for a single transfer (single permit) is issued

Die Genehmigung für einen einzelnen Verbringungsvorgang (Einzelgenehmigung) wird für einen Zeitraum von ca. 3 Monaten ab Ausstellungsdatum erteilt. Darüber hinaus ist es möglich eine Verbringungsgenehmigung für mehrere Transporte zu beantragen (Pauschalgenehmigung). Der maximale Zeitraum beträgt 2 Jahre ab Ausstellungsdatum.

for a period of about 3 months starting from the date of issuing. However, it is also possible to request a permit for several transfers (multiple permit). The maximum possible period is then 2 years from the date of issuing.

8 Weitere rechtliche Voraussetzungen

Genehmigungen zum Verbringen von Explosivstoffen, bei denen der Empfänger in Deutschland ansässig ist, können nur erteilt werden, wenn die personenbezogenen Bedingungen beim Empfänger erfüllt sind. Bitte beachten Sie, dass für die Explosivstoffe in der Regel auch eine Gefahrgutklassifizierung sowie eine Lagergruppenzuordnung nach 2. SprengV erforderlich ist.

8 Further legal requirements

Intra-community transfer permits for explosives, where the consignee is based in Germany, can only be issued, when the consignee fulfils the conditions required by German laws. Please note, that for the explosives normally also a dangerous goods classification and a storage group assignment (German "Lagergruppenzuordnung" according to the 2. Ordinance to the Explosives Act) is necessary.

9 Kosten

In Deutschland ist die Erteilung einer Verbringungsgenehmigung kostenpflichtig. Die für die Bearbeitung Ihres Antrags entstehenden Kosten werden Ihnen nach Aufwand entsprechend der am 15.06.2021 in Kraft getretenen „Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM Besondere Gebührenverordnung – BAMBGebV)“ in Rechnung gestellt.

Kostenschuldner der BAM gegenüber ist der Antragsteller.

9 Fees

In Germany the issuing of an intra-community transfer permit is subject to fees. Costs related to the processing of your request will be charged according to effort spent and in agreement with the legal prescriptions in the „Besondere Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM Besondere Gebührenverordnung – BAMBGebV)“.

The party liable for costs is the applicant.

Kontakt

Bei Fragen zur Verbringung von Explosivstoffen und für die Antragstellung wenden Sie sich bitte an:

Katrin Knaebel
Tel. +49 30 8104 - 4464
Fax. +49 30 8104 - 1237
email: meldestelle.verbringen@bam.de

Contact

In case of questions regarding the transfer of explosives and regarding applications please contact:

Katrin Knaebel
Tel. +49 30 8104 - 4464
Fax. +49 30 8104 - 1237
email: meldestelle.verbringen@bam.de